Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich frei Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 6.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 3.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 50 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro M. Ja. Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 2057. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Fr. Reinhold & Co., Leipzig

Nr. 530 — Freitag, den 12. November — **1920**

Der Weg

Immer vor den Wahlen entfalten die Parteien ihre Programme und preisen ihre Heilmittel an. In der Konstatierung, daß der deutsche Staat und das deutsche Volk an schwerer Krankheit leiden, sind sich alle einig; auch darin, daß die Erschwerung der Heilung zu suchen ist in der wirtschaftlichen Notlage und in der unseligen Zerrissenheit und Rechthaberei. Nur über die Wege, die aus diesem Trümmerfeld führen, ist man geteilter Meinung.

Es ist zu unterscheiden zwischen Solchen, die aus Egoismus und Klasseneigennutz die Anderen mit Verdächtigungen und Gehässigkeiten überschütten; Solchen, die aus Verranntheit in eine Idee und aus doktrinärer Verbohrtheit auf ihre Ansicht schwören und sich jeder Erkenntnis verschließen; und Solchen, die die Verständigung aller ehrlichen Bestrebungen fordern, die den Aufbau wollen. Bei den Letzteren gibt es allerdings wieder zwei Gruppen: die Einen sehen ehrliche Bestrebungen nur innerhalb des Bekenntnisses zu einem bestimmten Wirtschaftssystem, die Anderen kehren sich nicht an Partei- und Wirtschaftsbekenntnis, sie wollen die Zusammenfassung aller Kräfte, welche die Gesundung des Volksganzen erstreben.

Persönlicher und Klasseneigennutz läßt sich nur durchsetzen oder zu Gehör bringen durch eine gehässige Kampfesweise. Die Träger dieser Methode sind die Radikalen von rechts und links. Wenn wir in den Herrschaftsgelüsten von Minderheiten unmoralische Tendenzen sehen — und wir müssen das, weil das Volksganze bei ihnen unberücksichtigt bleibt —, dann können wir bei der Bewertung dieser Bestrebungen keinen Unterschied machen zwischen links und rechts. Deutschnationale, Kommunisten und Unabhängige gehören hier zusammen.

Daneben wohnen die, die aus Parteiverranntheit handeln; oder doch oft handeln. Das sind links die Sozialisten und rechts die Volksparteiler. Weil in beiden Parteien Elemente vereinigt sind, die Klassenpolitik treiben und der Herrschaft von Minderheiten das Wort reden, und anderen, die das Volksganze mehr betonen, die den Mehrheitswillen des Volkes mehr achten und ihm zur Herrschaft helfen wollen, haben diese Parteien kein klares Aktionsprogramm.. Beide sind außerdem belastet durch eine längere Zeit betriebene Oppositionspolitik. Die deutsche Volkspartei bemüht sich im Reiche seit dem Juni, zu sühnen, was sie vordem verbrochen; die Mehrheitssozialisten bemühen sich seit dem gleichen Zeitpunkt, zu verbrechen, was sie vordem gutgemacht hatten. Das Volksgefühl ist also bei beiden zum mindesten überschattet von parteipolitischem Geiste.

*

Es ist heute leicht, eine Regierung zu kritisieren. Ueber vier Jahre Krieg gegen eine Welt von Feinden; über drei Jahre Entbehrung und Hunger; eine für Friedensarbeiten unbrauchbar gemachte Wirtschaft; eine furchtbare Niederlage; eine tolle Revolution, die einen Kaiser und zwei Dutzend Bundesfürsten von den Thronen wirbelte, alle Macht den Arbeitern und meuternden Soldaten gab; eine erklärliche, wenn auch beschämende Verrohung aller Sitten; eine ebenfalls erklärliche, wenn auch ebenfalls beschämende Arbeitsunlust, — wo in aller Welt steckt der Mann, steckt die Regierung, die in ein, zwei Jahren ein so mitgenommenes Volk wieder zu Frieden, Ordnung und zur Arbeit zurückführen könnte?

Das einzige Mittel, die Auflösung zu verhindern, war das Beschreiten des Vermittlungsweges. Da die Arbeiter die politische und tatsächliche Macht hatten, mußte auf ihre Forderungen mehr Rücksicht genommen werden, als es der Zustand des Landes zuließ. Die Leute von rechts und von links hatten durch eine solche Politik der Mitte Gelegenheit über Gelegenheit, Kritik zu üben; sie brauchten sich dabei immer weniger Zwang aufzuerlegen, je mehr Ruhe und Ordnung langsam wieder im Lande einkehrten. Aus der Kritik an der Regierung und den sie stützenden Parteien wurde bald schmählichste Verleumdung. „Tageszeitung", „Post", „Tägliche Rundschau", „Freiheit" und „Rote Fahne" wetteiferten in Verunglimpfungen und Verhöhnungen. Die Presse in den Ländern nahm es auf, und der brave Bürger redete den ganzen Tag: „Die unfähige Regierung muß fort, sie ist zu schlapp!" Es redeten also auch die, die im November achtzehn bleich und kopflos in die Demokratische Partei gekrochen waren und nachher, als keine Gefahr mehr drohte, der Partei den Rücken kehrten. Unfähige Regierung, Schlappheit: Zieh, armer Gaul, wenn die Zugstränge an der Versailler Kandare befestigt sind, wenn in den Wunden deines Körpers wie Schmeißfliegen die Wucherer und Schieber sitzen, wenn dir dein eigenes Volk Knüppel in die Radspeichen steckt, kläffende Köter dir die Fesseln zerbeißen! Zieh, armer Gaul!

Die wilde Hetze ist nicht ohne Erfolg geblieben; wir sahen es bei den Reichstagswahlen, wir sahen es bei den Wahlen in den Ländern. Aber mit ihrem Sieg wußten die Saboteure des Wiederaufbaues nichts anzufangen, und es ereignete sich das Unglaubliche, daß die verhöhnten und dezimierten Parteien erneut darangehen mußten, den Gaul zu spielen, sollte der Karren nicht im Dreck steckenbleiben. Leider machten die Mehrheitssozialisten, deren Verdienst und Opferwilligkeit in der Regierungszeit immer anerkannt werden soll, nicht wieder mit. Dafür trat die Deutsche Volkspartei ein, und wenn wir die ehrliche Arbeit, die sie seitdem zu leisten versuchte, nicht verkennen wollen, so muß doch konstatiert werden, daß alle ihre tönenden Worte vom Besitz der alleinseligmachenden Methode und der Retter des Vaterlandes bisher nicht eingelöst worden sind. Das ist natürlich: Auch sie hat erfahren müssen, daß es zwischen Parteiprogramm und Verwirklichung den Alltag gibt. Ein Gutes hat aber die Umspannung gehabt: die Mehrheitssozialisten können nicht gut in den Ton der bloßen Regierung zurückfallen, und die Volkspartei war gezwungen, der Mitte sich zu nähern. Die Balis ist also doch verbreitert worden.

*

Warum die Aufwärmung all der bekannten Dinge? Weil wir im Lande Sachsen vor einer Wahl stehen und weil der Hinweis auf die Lehren des letzten Jahres nicht oft genug wiederholt werden kann. Es ist zwar eine ziemliche Beherrschung bei den Parteien in diesem Wahlkampfe zu bemerken, aber die kühnen Anpreisungen der Rezepte lassen doch eine gewisse Verwirrung der klaren Erkenntnis von der Lage der Dinge noch immer annehmen. Die Sache kann sich komplizieren, wenn der Wahlausfall auch hier eine Schwächung der Mittelparteien ergeben sollte.

Damals, nach der Reichstagswahl, konnte man in allen Rechtsblättern lesen, die Deutsche Demokratische Partei sei überflüssig geworden. Nicht nur die politischen Kindsköpfe, die das schrieben, auch die, die es glaubten, werden im stillen das nicht mehr sagen. Wir sagen ein anderes: Infolge der durch jene Wahlen vergrößerten Zerreißung des deutschen Volkes in zwei Hälften bekam die Demokratische Partei eine wenn auch schwere, so doch hohe Aufgabe: unter Preisgabe aller Parteirücksichten erst recht zu versuchen, die Brücke von einem zum anderen Ufer abzugeben! Infolge ihres nationalsozialen Programms ist sie dazu berufen. Die Deutsche Volkspartei, die früher nur an politischen Sonn- und kirchlichen Feiertagen in Versöhnungspolitik machte, rief in letzter Zeit auch an Alltagen zum Zusammenschluß des Bürgertums, wenigstens des liberalen. Wenn auch eine Verringerung der Zahl der Parteien zu begrüßen wäre, so, wie es gedacht, geht's nicht. Es kann zugegeben werden, daß das bürgerliche Wirtschaftssystem eine Plattform zu einer solchen Einigung bietet. Würde sie aber, Tatsache geworden, dem Volksganzen, der Volkswohlfahrt dienen? Sie vertiefte noch mehr die unselige Kluft zwischen Bürger und Arbeiter, und alle schönen Auslegungen und Ausdehnungen des Begriffes Bürger überbrückten diese Kluft nicht. Wir haben darunter vor dem Kriege gelitten und verdanken ihr und ihrer bewußten Erweiterung die Schärfe des politischen Kampfes. Alle Versuche ehrlicher Persönlichkeiten, den Begriff Bürgertum umfassender zu erklären, werden ihn nicht reinigen von der Deutung, daß er die Hervorkehrung des besseren Staatsbürgers gegenüber dem minderwertigen bedeuten soll, die Bezeichnung des Arbeitgeber- gegenüber dem Arbeitnehmertum. Und wenn es hundertmal nicht so beabsichtigt ist, es wird doch geglaubt werden. Die Teilung des Volkes aber in zwei Hälften müßte in dieser Zeit, nach der Entwicklung der letzten fünf Jahre, erst recht zum Unglück führen.

Dann ist aber auch bei dieser Sammlungspolitik des Bürgertums die politische Seite vergessen. Die Zusammenfassung

Der Elektrizitätsarbeiterstreik in Berlin beendet

Wiederaufnahme der Arbeit

Auch die Straßenbahner beschließen Beendigung des Streiks

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. November.

Nach fünftägigem Streik haben die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Donnerstag nachmittag 4 Uhr die Arbeit in allen Hauptwerken und Unterstationen wieder aufgenommen. Um 4 Uhr nachmittags wurden sämtliche Kessel in Betrieb gesetzt. Um 6 Uhr abends konnte bereits an fast alle Stadtteile Licht abgegeben werden. Durch Umschaltung wurde der aus Golpa kommende Strom auf die Hauptwerke verteilt. Die Arbeiter des Gaswerks Charlottenburg haben gleichfalls den Beschluß gefaßt, den Streik abzubrechen. Die Tegeler Gasarbeiter konnten noch zu keinem Beschluß kommen. Der Magistrat wird sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Verhalten der Tegeler Gasarbeiter beschäftigen und darüber entscheiden, ob gegen die Streikführer gemäß seiner gestrigen Kundgebung vorgegangen werden soll. Die städtischen Hilfskräfte, die dem Magistrat ein Ultimatum gestellt hatten, mit ihnen über eine neue Festsetzung der Gehälter zu verhandeln, haben beschlossen, um die Finanzen der Stadt nicht unnötig zu beschweren, bis zur Aufstellung des neuen Etats von weiteren Lohnforderungen abzusehen.

Amtlich wird gemeldet: Nach dreistündigen Verhandlungen zwischen der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn und den Vertrauensleuten der Straßenbahner haben sich nach 10 Uhr abends die Straßenbahner bereit erklärt, von heute ab wieder zu fahren. Da die Reinigung der Schienen und der Weichen eine mehrstündige Tätigkeit erfordert, kann der Straßenbahnverkehr nur allmählich wieder aufgenommen werden.

Gerüchte vom Rücktritt des Berliner Oberbürgermeisters

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. November.

Gerüchtweise verlautet, daß der Oberbürgermeister Dr. Wermuth, dem man den Vorwurf macht, daß er gegenüber dem wilden Streik nicht frühzeitig genug energische Maßregeln ergriffen habe, zurücktreten werde. Er soll beabsichtigen, die Uebergangsgeschäfte noch zu leiten und danach von seinem Posten abzutreten. Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der demokratischen Partei, der sich gestern mit der Streiklage beschäftigte, gab einmütig seiner tiefsten Entrüstung Ausdruck über das völlige Versagen des Oberbürgermeisters Wermuth. Wenn es durch sein Verhalten zu einer staatspolitisch notwendigen Beschränkung der Selbstverwaltung kommen mußte, so trage dafür die volle Verantwortung der Leiter der neuen Großberliner Stadtgemeinde, der trotz Drängens der Aufsichtsbehörde und der öffentlichen Meinung dem unerträglichen Zwange nicht energisch entgegengetreten sei, den eine verantwortungslose Gruppe als Werkzeug politischer Drahtzieher auszuüben versuchte.

Rekordernten in Amerika

Amsterdam, 11. November.

Daily Chronicle meldet aus New York, daß den Schätzungen des amerikanischen Landwirtschaftsamtes zufolge die Reis-, Kartoffel- und Tabakernte in diesem Jahre die größte in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein wird. Desgleichen verzeichnet auch Kanada eine Rekordernte, die auf 460 000 Pfund Sterling geschätzt wird.

Der Vertrag von Santa Margherita

(Eigener Drahtbericht.)

Rom, 11. November.

Die Südslawen haben nun doch nachgegeben. Nachdem die serbischen Vertreter in der Nacht vom Montag zum Dienstag bis 3 Uhr morgens beraten hatten, beschlossen sie gestern, die italienischen Minimalbedingungen anzunehmen, und zwar

1. Fiume bleibt unabhängig und grenzt direkt an das italienische Staatsgebiet.
2. Zara wird autonom, kommt aber unter italienische Souveränität.
3. Die Inseln Cherso, Lussin, Unie und Lagosta werden italienisch.
4. Als Grenze Istriens wird die von Serbien vorgeschlagene Linie angenommen.

Der alte Bergarbeiterverband gegen den Einigungsvorschlag

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 11. November.

Der Mehrheitsvorschlag der Verständigungskommission in der Sozialisierungsfrage ist bekanntlich auch von dem Mitglied des Alten Bergarbeiterverbandes Wagner unterzeichnet worden. Wie die „Essener Arbeiterzeitung" heute abend mitteilt, hat der Bergarbeiterführer Hué dazu erklärt, daß der Alte Bergarbeiterverband jede Verantwortung für die Unterschrift Wagners ablehnt. Der Verband sei von jeher gegen jede Gewinnbeteiligung nach dem System der kleinen Aktie gewesen. Wagner habe die volle Verantwortung für seine Zustimmung zu dem Mehrheitsvorschlag zu tragen.

Beschlagnahme der Kanalschiffe für Kohlentransporte

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. November.

Wie aus Ems gemeldet wird, hat infolge der unzureichenden Wagengestellung für die Kohlentransporte der Entente der Reichskommissar alle Kanalschiffe beschlagnahmt, die sich zu Fahrten auf dem Rhein eignen. Da jedoch den Mannschaften nicht die auf dem Rhein üblichen Lohnsätze gezahlt werden, ist ein großer Teil der Mannschaften in den Streik getreten. Die Hafenarbeiter in Emden, dem Umschlaghafen für Kohle und Erz, haben sich dem Ausstand jedoch nicht angeschlossen. Die französischen Behörden haben die Schiffe beschlagnahmt, die sich bei der Uebergabe von Elsaß an Frankreich in elsässischen Gewässern befunden haben.

Schärfere Bestrafung des Wuchers

Berlin, 11. November.

Das neue Gesetz gegen die Bekämpfung des Wuchers mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, worüber im Reichsministerium zurzeit beraten wird, soll zum Schutze des Publikums gegen wucherische Ausbeutung wesentlich erhöhte Strafmaße vorsehen. Mit dem Entwurf des neuen Gesetzes wird sich auch das Reichskabinett demnächst beschäftigen.

Finanzminister Dr. Reinhold spricht heute Freitag ½8 Uhr

im Zentral-Theater.